



Gisela Walsken MdL

Vorsitzende
des Ausschusses für Städtebau
und Wohnungswesen

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

Landtag Nordrhein-Westfalen Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Telefonzentrale: (02 11) 88 4 - 0
Durchwahl: 2631/2489

An den
Vorsitzenden des Ausschusses
für Innere Verwaltung und
Verwaltungsstrukturreform
Herrn Klaus Stallmann MdL

Düsseldorf,

05.11.2001
(25.10.2001)

im Hause

Landtag
Nordrhein-Westfalen
13. Wahlperiode

Neudruck
Vorlage 13/1002

alle Abg.

NEUDRUCK!

Gesetzentwurf 13/1311 der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Gesetz über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land Nordrhein-Westfalen (Informationsfreiheitsgesetz Nordrhein-Westfalen - IFG NRW -)

Sehr geehrter Herr Kollege,

der o.a. Gesetzentwurf wurde durch das Plenum am 21. Juni 2001 zur Mitberatung an den **Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen** überwiesen.

Der **Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen** hat den Gesetzentwurf, Drucksache 13/1311, in seiner Sitzung am 25. Oktober 2001 abschließend beraten und über ein Votum an den federführenden Ausschuss abgestimmt. Der **Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktion der SPD und den Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU die Annahme des Gesetzentwurfs - Drucksache 13/1311.

Änderungsanträge wurden im mitberatenden Ausschuss nicht gestellt. Über mögliche Änderungen soll im federführenden Ausschuss beraten und abgestimmt werden.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Kollege, die Mitglieder Ihres Ausschusses über das Beratungsergebnis zu unterrichten.


Mit freundlichen Grüßen